

Die politische Bildung der Lehrer erheben

Die Erziehung der Schüler zu jungen Sozialisten verlangt den politisch gebildeten Lehrer, der durch die Einheit von Wort und Tat unserer Jugend Vorbild ist. Der VI. Parteitag erhob diese Forderung; und sie wurde in dem Kommuniké des Politbüros zu Problemen der Jugend und auf dem 4. Plenum des ZK wiederholt.

Bereits des öfteren befaßte sich die Ideologische Kommission der Kreisleitung Berlin-Lichteberg mit dieser Frage. Denn die staatsbürgerliche Erziehung in allen Klassen zu verbessern, das ist eine vorrangige Aufgabe im Schuljahr 1963/64. Sie ist verknüpft mit den beiden anderen Forderungen — Ordnung und Disziplin an den Schulen zu sichern und die Schule noch enger mit dem Leben und der Produktion zu verbinden.¹⁾

Untersuchungen der Partei- und Unterrichtsarbeit an einigen Schulen hatten gezeigt: Die Mehrzahl der Pädagogen hat wohl erkannt, daß die politische Bildung ein wesentlicher Bestandteil der Allgemeinbildung ist und daß der Lehrer ein für unsere sozialistische Sache Partei ergreifender Mensch sein muß. Viele Lehrer bemühen sich um eine gute politische Erziehung in jeder Unterrichtsstunde. Einige von ihnen führen die Schüler der oberen Klassen allmählich an das selbständige Studium der marxistischen Literatur heran.

Doch gleichzeitig tritt bei einer Reihe von Lehrern — auch in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern — eine spürbare Unsicherheit bei der Behandlung von politischen Fragen zutage. Was ist die Folge? Wichtige Themen der staatsbürgerlichen Bildung werden formal durchgenommen; Lehrer weichen den speziellen Fragen der Schüler aus oder können sie nicht überzeugend beantworten. Die Schüler aber, wie dies zum

Beispiel bei einer 10. Klasse der 21. Oberschule geschah, streiten sich heftig über politische Probleme in den Pausen, weil im Unterricht auf ihre Gedanken nicht genügend eingegangen worden ist.

Die Verantwortung der Schulparteiorganisation

Wenn man nun fragt, wer in erster Linie helfen muß, damit alle Lehrer den komplizierten Prozeß des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und die politischen Probleme unserer Zeit begreifen und interpretieren können, dann muß man von der Verantwortung der Schulparteiorganisation sprechen. Denn Pflicht der Genossinnen und Genossen an der Schule ist es, allen Lehrern und Erziehern die Beschlüsse des ZK, den Inhalt der Plenartagungen u. a. — in denen die nationale und internationale Politik wissenschaftlich dargelegt wird — gründlich zu erläutern. Nur durch diese kontinuierliche politische Arbeit mit den Lehrern und durch ihr eigenes Studium erhöht sich das Niveau ihres pädagogischen Wirkens und ihre Fähigkeit, die Jugend zum sozialistischen Patriotismus und Internationalismus und zum Lernen und zur Arbeit zu erziehen. Natürlich muß die Kreisleitung die Grundorganisationen ständig operativ anleiten und kontrollieren, damit die ZK-Beschlüsse auch durchgesetzt werden. Darauf hat das 4. Plenum des ZK mit allem Nachdruck hingewiesen.

Was hat nun unsere Ideologische Kommission getan, damit die politische Bildung der Lehrer erhöht wird? Wo liegen die Ursachen, daß einige Schulparteiorganisationen nicht genügend politisch wirksam werden? Was hemmt ihre Arbeit? Diese Fragen mußten zunächst geklärt werden.

Die Ideologische Kommission konzentrierte sich auf drei Schulparteiorganisationen. Einmal war dort direkte Hilfe notwendig, und zum anderen galt es, an Ort und Stelle zu prüfen, was in der Parteiarbeit an der Schule und auch in

¹⁾ Gemeinsamer Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR über die Grundsätze der weiteren Systematisierung des polytechnischen Unterrichts, der schrittweisen Einführung der beruflichen Grundausbildung und der Entwicklung von Spezialschulen und -klassen vom 3. Juli 1963.